

Antrag

der Abgeordneten Eckart von Klaeden, Dr. Andreas Schockenhoff, Bernd Siebert, Ulrich Adam, Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen), Monika Brüning, Anke Eymer (Lübeck), Hartwig Fischer (Göttingen), Erich G. Fritz, Dr. Peter Gauweiler, Hermann Gröhe, Manfred Grund, Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg, Jürgen Herrmann, Robert Hochbaum, Joachim Hörster, Hartmut Koschyk, Dr. Karl Lamers (Heidelberg), Eduard Lintner, Henning Otte, Ruprecht Polenz, Hans Raidel, Dr. Norbert Röttgen, Kurt J. Rossmanith, Anita Schäfer (Saalstadt), Bernd Schmidbauer, Karl-Georg Wellmann, Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und der Fraktion der CDU/CSU

sowie der Abgeordneten Markus Meckel, Niels Annen, Rainer Arnold, Dr. Hans-Peter Bartels, Detlef Dzembritzki, Gabriele Fograscher, Monika Griefahn, Petra Heß, Gerd Höfer, Lothar Ibrügger, Brunhilde Irber, Johannes Jung (Karlsruhe), Hans-Ulrich Klose, Rolf Kramer, Ulrike Merten, Ursula Mogg, Dr. Rolf Mützenich, Johannes Pflug, Steffen Reiche (Cottbus), Dr. Hermann Scheer, Otto Schily, Jörn Thießen, Hedi Wegener, Andreas Weigel, Gert Weisskirchen (Wiesloch), Dr. Wolfgang Wodarg, Uta Zapf, Walter Kolbow, Olaf Scholz, Dr. Peter Struck und der Fraktion der SPD,

Die NATO vor dem Gipfel in Riga vom 28. bis 29. November 2006

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die atlantische Allianz bildet seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges den zentralen Pfeiler deutscher Sicherheit und ist Garant des Friedens in Europa. Die politische Krise der NATO wird überwunden. Es gibt wieder ermutigende Beispiele für Konsultationen abseits der Entscheidung über anstehende Militäroperationen. Damit verfolgen die transatlantischen Partner das Ziel, die NATO wieder zum zentralen Ort ihres sicherheitspolitischen Dialogs zu machen, an dem sie ihre strategischen Vorstellungen gleichberechtigt konsultieren und koordinieren. Der mit dem Gipfel von Prag eingeleitete Transformationsprozess hat das Bündnis gestärkt und handlungsfähiger gemacht, ist jedoch noch nicht abgeschlossen. So stehen auf dem Ende November 2006 in Riga stattfindenden Gipfel erneut Fragen der konzeptionellen Weiterentwicklung sowie die Perspektiven der laufenden Einsätze auf der Tagesordnung.

Die EU ist ein sicherheitspolitischer Akteur, der komplementär zur NATO wirkt; dabei ist auch auf eine enge Abstimmung einheitlicher Streitkräfteentwicklungen zu achten. Zusammen mit dem Erweiterungsprozess der EU hat die NATO einen wichtigen Beitrag zur demokratischen Transformation und Stabilisierung in Mittel- und Osteuropa sowie in Südosteuropa geleistet. Aus dieser Perspektive tritt Deutschland dafür ein, dass die Allianz für den Beitritt weiterer euro-atlantischer Mitglieder offen bleibt.

Deutschland hat ein Interesse an einer starken NATO, die eng mit der EU zusammenarbeitet. Die Zukunft der Allianz hängt wesentlich davon ab, welche Bedeutung die USA der NATO und damit der verbindlichen Kooperation mit den europäischen Verbündeten beimessen. Der Ausbau europäischer Fähigkeiten wird dabei eine wichtige Rolle spielen. Während die Zusammenarbeit auf der operativen Ebene bereits gut funktioniert, ist der umfassende Ausbau der Kooperation und ein Dialog zu strategischen und sicherheitspolitischen Fragen seit 2003 insbesondere durch die ungeklärte Zypern-Frage blockiert.

Russland ist ein zentraler Partner bei der Gewährleistung von Sicherheit in Europa und bei der Bewältigung von globalen sicherheitspolitischen Herausforderungen. Die NATO hat die Zusammenarbeit mit Russland seit den 90er Jahren entwickelt. Heute ist der NATO-Russland-Rat ein wichtiges Forum zur Erörterung von Sicherheitsfragen. Auch die praktische militärische Kooperation schreitet voran. Deutschland ist an einer verlässlichen Partnerschaft und dem Ausbau der Kooperation mit Russland im Rahmen von NATO und EU interessiert.

Im Kampf gegen den internationalen Terrorismus und im Zusammenhang mit den weiteren sicherheitspolitischen Herausforderungen, mit denen wir uns heute konfrontiert sehen, ist praktische Kooperation mit vielen Staaten erforderlich. 2004 wurde beim Istanbul NATO-Gipfel mit der „Istanbuler Kooperationsinitiative“ und dem Ausbau des sog. Mittelmeerdialogs die Zusammenarbeit mit der Region Naher und Mittlerer Osten sowie Nordafrika zu einem neuen Schwerpunkt erklärt. Mit militärischer Ausbildung und der Beratung bei der Restrukturierung der Streitkräfte ist die NATO erstmals praktisch in dieser wichtigen Region engagiert.

Zur Bewältigung der neuen Herausforderungen bedarf die Allianz neuer Fähigkeiten. Mit der beschlossenen Bundeswehrreform sind die deutschen Streitkräfte auf dem richtigen Wege, der gewachsenen Bedeutung der Einsätze zu entsprechen. Auf Ebene der NATO bildet die 2002 beschlossene NATO Response Force (NRF) den sichtbarsten Ausdruck dieser neuen Orientierung. Eine enge Abstimmung der Fähigkeiten von NRF und Gefechtsverbänden für die schnelle Krisenreaktion der EU (Battle Groups) ist im deutschen Interesse.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass

1. die Allianz als zentrales Forum für strategische sicherheitspolitische Fragen gestärkt wird. Ziel sollte sein, dass die NATO-Mitgliedstaaten alle relevanten sicherheitspolitischen Entwicklungen und Herausforderungen gemeinsam analysieren, im Rahmen der Allianz über gemeinsame Schritte entscheiden und schließlich auch gemeinsam handeln. Dieser Dialog ist auch als Vorwarnsystem zu nutzen, um mit transatlantischen Meinungsverschiedenheiten besser umgehen zu können. Die NATO darf zu keiner Zeit entweder als Pool für sog. Ad-hoc-Koalitionen oder als politischer und militärischer Werkzeugkasten angesehen werden;
2. die Fähigkeiten der NATO sowohl zur vorbeugenden Konfliktverhinderung als auch zur Stabilisierung und zur Flankierung des Wiederaufbaus von Post-Konfliktregionen gestärkt werden. In diesem Zusammenhang sollte die NATO durch Intensivierung der institutionellen Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen (VN), der EU, anderen regionalen Sicherheitsorganisationen und Staaten eine größtmögliche Kohärenz zwischen Entwicklungs- und Sicherheitspolitik beachten. Zu diesem Zweck sollte die Kooperation zwischen NATO und EU ausgebaut werden. Die EU verfügt über das Potential, in einem integrierten Ansatz militärische, politische, wirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Instrumente einzusetzen, um Konflikte zu lösen oder einer Eskalation vorzubeugen;

3. die Partnerschaft von EU und NATO durch eine Intensivierung des strategischen Dialogs über alle Aspekte der Sicherheitspolitik fortentwickelt wird;
4. die Dauervereinbarungen zwischen NATO und EU den Rahmen für die strategische Partnerschaft zwischen beiden Organisationen bei der Krisenbewältigung bilden und die Einsatzfähigkeit der EU verbessern. Von dieser Möglichkeit sollte im Falle neu entstehender Konflikte und Krisen zukünftig früher und intensiver Gebrauch gemacht werden. Daneben steht aber auch das Ziel, die EU zur autonomen Führung und Planung von ESVP-Operationen (ESVP: Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik) zu befähigen;
5. die Verteidigungsanstrengungen zwischen den europäischen Partnern besser koordiniert, Synergien ausgeschöpft und die Möglichkeit europäischer Arbeitsteilung, des Poolings von Ressourcen und der Schaffung integrierter Fähigkeiten genutzt werden. Der Weg zu mehr Fähigkeiten muss in erster Linie über die effizientere Nutzung vorhandener Ressourcen führen;
6. streng auf eine enge Abstimmung einheitlicher Streitkräfteentwicklungen in NATO und EU geachtet wird, um angesichts knapper Ressourcen Duplizierung von Fähigkeiten zu vermeiden;
7. die drei südosteuropäischen MAP-Staaten (MAP: Membership Action Plan) Kroatien, Mazedonien und Albanien in ihren Beitrittsbemühungen ermuntert werden und ihre individuelle Aussicht auf einen Beitritt bekräftigt wird, sofern sie ihre jeweiligen Reformanstrengungen weiterhin fortsetzen bzw. in einigen Bereichen verstärken;
8. Bosnien und Herzegowina, Montenegro und Serbien an der Partnerschaft für den Frieden teilnehmen und zugleich die vollständige Kooperation mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien hergestellt wird;
9. die Staaten des Südkaukasus, insbesondere Georgien, und die Ukraine in ihrem Bemühen um eine Vertiefung der Beziehungen zur NATO unterstützt werden. Diese hängt im Wesentlichen von den praktischen Fortschritten der Partner bei ihren Reformen, der Übereinstimmung mit den Werten der Allianz und der friedlichen Lösung der regionalen Konflikte ab;
10. die Kooperation im NATO-Russland-Rat weiter vertieft wird, ohne dabei unterschiedliche Bedrohungswahrnehmungen und Interessen auszuklammern. Das Bündnis und seine Erweiterung sind nicht gegen Russland gerichtet, sondern tragen auch im russischen Interesse zur Entwicklung von Demokratie und Gewährleistung politischer Stabilität in den Ländern bei, die sich für einen Prozess der Annäherung an die NATO entschieden haben oder in anderer Weise eng mit der NATO zusammenarbeiten;
11. der Dialog über gemeinsame strategische und militärpolitische Ziele mit den Staaten des größeren Nahen und Mittleren Ostens und Nordafrikas vertieft wird;
12. die Beziehungen zu demokratischen Staaten wie Australien, Neuseeland und Japan ausgebaut werden;
13. neben den Bemühungen der letzten Jahre neue Initiativen zur Rüstungskontrolle ergriffen werden, um der Proliferation von Massenvernichtungswaffen wirksam vorzubeugen. In diesem Zusammenhang wären neue Impulse zur Reduzierung substrategischer Nuklearwaffen in Europa seitens der NATO sinnvoll. Dies würde auch einen wichtigen Impuls zur Stärkung des internationalen Nichtverbreitungsregimes geben.

Berlin den 8. November 2006

**Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und Fraktion
Dr. Peter Struck und Fraktion**

